

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 6 (1980)

Heft: 2

Artikel: Für ein verbessertes Studium durch Selektion an der Universität

Autor: Waser, Peter G.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894358>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Für ein verbessertes Studium durch
Selektion an der Universität*

Peter G. Waser, Alt-Rektor der Universität Zürich

Unser schweizerisches Bildungssystem ist auf freiheitlichen Grundlagen aufgebaut. Es unterliegt den Rechtsprinzipien eines Rechtsstaates, in welchem die Rechte des Bürgers nicht nur in einer Verfassung niedergelegt sind, sondern diese auch durch Behörden und Gerichte dem Bürger gewährt werden. So wird in der Schweiz nicht eine bevorzugte Klasse in der Bildung gefördert, oder eine politische oder ethnische Gruppe von der Bildung ausgeschlossen. Allen stehen die Schulen offen und können für die gesetzlich festgesetzte Ausbildungszeit sogar kostenlos besucht werden. Je nach Eignung und Fähigkeiten kann jeder Bürger später eine Mittelschule besuchen und nach Bestehen der eidgenössischen oder kantonalen Matur - oder einer Aufnahmeprüfung - an unseren Universitäten und Technischen Hochschulen studieren.

In verschiedenen kommunistischen Staaten, aber auch in rechtsgerichteten Militärdiktaturen wird nach rein politischen Gesichtspunkten eine strenge Auswahl der Studenten für eine höhere Bildung getroffen. Das Fachgebiet kann nicht frei gewählt werden, sondern wird entsprechend den individuellen Fähigkeiten, aber vor allem entsprechend den momentanen Bedürfnissen des Volkes oder der herrschenden politischen Gesellschaftsklasse bestimmt. Während des Studiums sind viele Zwischenexamen zu bestehen, welche die Studenten zwingen, regelmässig zu arbeiten, und welche andererseits weitgehend vorselektionieren. Die Selektion bei den Völkern mit grossen Menschenzahlen (China, Russland)

ist ausserordentlich hart. Am Ende des Studiums wird dem promovierten Akademiker sein Arbeitsplatz durch den Staat zugewiesen, eventuell in einer Fabrik, einer Klinik, oder einem Entwicklungsgebiet weit weg von den Universitäten und Städten. Mit der Möglichkeit, zu studieren, kommt der Jugendliche in eine Schuld der Gesellschaft und dem Staat gegenüber, die er nur durch Einfügung in den Aufbauplan des Landes abtragen kann. So ist er trotz seiner Ausbildung bei weitem nicht frei in der Berufsausübung und wird in seiner staatlichen Besoldung einem spezialisierten Arbeiter gleichgestellt.

Staatliche Universitäten und Technische Hochschulen sind sehr kostspielige Organisationen. Der Bürger in der westlichen Welt, besonders in der Schweiz, achtet daher darauf, dass sein Geld gut verwendet wird, und dass die Ausbildung wie auch die Forschung rationell erfolgen und für das ganze Volk von Nutzen sind. Da bei uns die allgemeine Bildung in den Schulen gut organisiert und erfolgreich ist, hat der Bildungsstand eines Bürgers am Ende des obligatorischen Schulalters ein international bemerkenswert hohes Niveau. Doch wird für die Zukunft des Landes die Förderung eines kleinen Teiles dieser Jungen entscheidend sein, da sie in Behörden, Industrien, Wirtschaft, Spitälern etc. für den Bestand und die Integrität der Nation verantwortlich sein werden, wie sie auch den Fortschritt, die Sozialstruktur, die Arbeits-, Verdienst-, Entwicklungs- und Ueberlebensebenen des ganzen Volkes garantieren müssen. Es lohnt sich daher immer, die Intelligenten und Arbeitsfreudigen weiterzubilden. Die wichtigste Frage ist dann in einem freien Staat, wer zu einer solchen Ausbildung befähigt ist und die Verantwortung eines akademischen Berufes tragen kann. Das ist nicht elitär, sondern rational gedacht.

Es wird oft vergessen, dass rasch wachsende Studentenzahlen nicht nur grosse finanzielle und strukturelle Probleme für eine Universität bedeuten, sondern auch die Qualität von

Forschung und Lehre bedrohen. Wie in vielen anderen Sozialstrukturen kann ein unkontrolliertes Wachstum die Organisation beeinträchtigen, die wichtigsten Funktionen verschlechtern und damit auch das Erreichen des Zieles gefährden. Es ist uns schon lange bekannt, dass die grossen Universitäten mit über 20'000 Studenten an Eigenleben verlieren und anonyme Massenbetriebe werden, mit allen Gefahren von Unzufriedenheit, Randgruppenbildung, Differenzen zwischen Dozenten und Studenten, etc. Es ist uns allen bekannt, dass Schulklassen der ersten Stufe, mit über 30 Schülern, für den Lehrer eine enorme Belastung und für den Schüler einen schlechteren, weniger individuellen Unterricht und geringere Kontrolle bedeuten. Aehnliche Ueberlegungen gelten auch für die Universitäten. In diesen wird als Folge der Lehrbelastung die Zeit und die Ruhe für die Forschung eingeschränkt. Universitätsdozenten sind ja nicht bessere Mittelschullehrer, denn sie haben den Auftrag, selbständig zu forschen. Eine Vorlesung braucht auch viel mehr Vorbereitung und direkte Information über aktuelle Erkenntnisse als eine Schulstunde. Klinikurse, Praktika, Seminare sind sehr arbeitsintensiv für die Veranstalter und oft mit grossen Kosten verbunden. Grosse Studentenzahlen führen zu einem Massenbetrieb, der sich durch immer grössere Hörsäle an den Universitäten, Parallelveranstaltungen, Sommerkurse, etc. an vielen Universitäten zeigt. Nicht nur der Dozent leidet unter diesem Zustand, indem er wie ein Politiker seinen Stoff an eine anonyme Studentenmenge verkaufen muss; auch der Student, als Hauptperson der Lehrveranstaltung, kommt nicht mehr zu seinem Recht zur individuellen Ausbildung und Betreuung. Er fühlt sich überfordert, in einem Klima der Massenveranstaltung, die individuellen Interessen entgegengesetzt ist, isoliert und gleichgeschaltet.

Viele Studenten weichen daher in die Isolation aus, indem sie anstelle der Lehrveranstaltungen nur Bücher zum Studium benützen. In Italien soll es Medizinstudenten geben, die bis zum Staatsexamen keine Patienten untersuchen konnten! So geht die Begeisterung zum Studium als höchste Bildungsmög-

lichkeit verloren. Einzelne Studenten sind daher entmotiviert, einige frustriert durch den gleichzeitigen Druck von Examen und Leistungskontrolle. Wir stellen im psychologischen Beratungsdienst der Zürcher Hochschulen fest, dass durch die zunehmend ungünstigen Studienverhältnisse immer häufiger Schwierigkeiten bei intelligenten, arbeitswilligen Jungen auftreten. Besonders Studenten aus ländlichen Gegenden, aus Bergkantonen oder dem Ausland sind gefährdet, in eine Vereinsamung zu geraten, die das Studium und die Aufnahmebereitschaft für Allgemeinbildung, Lebenserfahrungen und Freundschaft negativ beeinflusst. Leider ist auch die Zahl der Suizide unter den Studenten an den Hochschulen über die übliche Quote der umgebenden Stadtbevölkerung gestiegen, ohne dass wir dafür eine einfache Erklärung gefunden haben.

So wird bei einer raschen Zunahme der Studentenzahl ein Circulus vitiosus ausgelöst, der die Qualität von Lehre und Forschung eindeutig verschlechtert und zudem schwere soziale Folgen haben kann. Studentenunruhen beginnen meistens an den grossen Universitäten und werden gefördert durch Lehrangebote, die nicht mehr den Bildungswünschen der Studenten entsprechen. Die wünschenswerte Aufgliederung grosser Auditorenzahlen in kleinere Untergruppen mit vermehrten Parallelkursen scheidet heute oft an der ungenügenden Zahl von Hörsälen oder Seminarräumen, an den Praktikplätzen, die bereits mehrfach - an der Medizinischen Fakultät Zürich bis viermal - belegt sind, und vor allem an der ungenügenden Zahl von Dozenten. Es ist dies nicht nur eine Frage der Mehrkosten für den Staat, sondern auch der Dozentenqualität. Nicht alle jungen Wissenschaftler, die sich für die akademische Laufbahn interessieren, sind geeignete Dozenten. Auch didaktische Kurse für Professoren nützen nichts, wenn nicht eine Eignung zum Dozieren vorhanden ist. So wird in einem Land wie der Schweiz oder im deutschsprachigen Raum Europas

wohl nur eine limitierte Zahl von prospektiven Hochschuldozenten mit qualitativer Eignung zur Verfügung stehen. In Zürich versuchen wir, mit Tutoren den Unterricht in kleinen Gruppen zu intensivieren. Die rasche Beförderung von Privatdozenten, Lektoren, Oberassistenten, usf. zu etablierten Professoren hat auch in den Nachbarstaaten nicht zu einer wirklichen Verbesserung des Lehrangebotes geführt. Denn gerade die Qualität der Dozenten, des Lehrkörpers, bestimmt neben der Forschung die Qualität und damit die Leistung einer Hochschule. Man kann daher die Professoren als Fachvertreter und Organisatoren der Lehre nicht genügend sorgfältig auswählen. Es reicht einfach nicht aus, nur eine Vermehrung des Lehrkörpers zu verlangen, da auch hier die Selektion zugunsten der Qualität entscheidend ist.

Welche Massnahmen können zur Vermeidung dieser bedrohlichen Qualitätseinbusse in Lehre und Forschung unserer Universitäten und Hochschulen ergriffen werden? Neben dem stetigen Ausbau der bestehenden Hochschulen sollten auch in der Schweiz Neugründungen erfolgen. Wir waren immer der Meinung, dass vor allem die kleinen Hochschulen bis zu einer kritischen Grösse, mit der sie breiter und für den Studenten, der Querverbindungen sucht, interessanter werden, auszubauen sind. Aber auch Neugründungen, zum Beispiel für das Gebiet Zentralschweiz in Luzern, würden eine wesentliche Entlastung bringen und auch diesen Landesteilen kulturell und wirtschaftlich helfen. Es ist sehr bedauerlich, dass eine lokale Mehrheit über dieses für die gesamtschweizerische Bildungspolitik wichtige Projekt negativ entschieden hat. Aber auch regional sind Entwicklungen wie die Medizinische Akademie in St. Gallen zu unterstützen, da das Studium in vorhandenen guten Kliniken dezentralisiert und mit kleinen Studentenzahlen und einem besseren Kontakt zur Bevölkerung möglich ist. Die Qualität des Unterrichtes - und damit das Interesse an der Forschung - werden steigen.

Für die grossen, bestehenden Universitäten gibt es nur wenige Vorschläge für die Zukunft, falls der Studentenzustrom weiter anhält. Immer wieder muss man sich überlegen, ob nicht eine Teilung der Universität besser ist als ein Mamutgebilde. So haben wir uns schon um 1960 ernsthaft überlegt, ob nicht bald eine zweite, kleine Universität in Winterthur tragbar wäre, um Zürich zu bremsen. Winterthur hat neben einem gut ausgebauten Kantonsspital ein anerkanntes leistungsfähiges Technikum mit entsprechenden Fachlehrern in Naturwissenschaften und Mathematik. In die Entscheidung würde dann natürlich auch St. Gallen einbezogen, um für die Ostschweiz die optimalen Schwerpunkte zu finden. Aus dieser Sicht wäre heute der Ausbau der Hochschule St. Gallen vordringlich.

Einen Numerus clausus für ein Fachgebiet oder eine ganze Universität können wir uns in der Schweiz kaum vorstellen. Die schlechten Erfahrungen der deutschen Universitäten, der für uns nicht akzeptierbare Modus der Auswahl, oft sogar durch Auslosung, die Bürokratie mit vielen katastrophalen Folgeerscheinungen für den Betroffenen, oder der unethische Handel mit Studienplätzen, sind für uns eine deutliche Warnung. Nur im unwahrscheinlichen Notfall, wenn unser Verteilungssystem der Studienplätze in der ganzen Schweiz nicht genügen würde, käme diese Massnahme in Betracht. Sie wäre rein politisch und müsste von den zuständigen kantonalen Parlamenten verfügt werden. Allerdings kennen wir an einigen Universitäten in bestimmten Engpass-Fachgebieten einen versteckten Numerus clausus, den dann die anderen Universitäten deutlich zu spüren bekommen. Eine offene, gemeinsame Voranmeldeaktion aller Universitäten wäre vorzuziehen.

Auch eine Vorselektion der Maturanden in den Nichthochschulkantonen ist nichts anderes als ein Vorverschieben des Numerus clausus. Die Verantwortung würde von den

Universitäten an die Mittelschulen der ärmeren Nichthochschulkantone abgegeben und damit ihre Bildungskapazität einseitig limitiert. Nach unserer Auffassung sind aber alle Maturanden nach abgelegtem Examen freie Studienanwärter. Unser Bildungssystem kann in dieser Hinsicht nicht plötzlich geändert werden. Man kann aber, entgegen der heutigen Tendenz zur Anerkennung von immer neuen Schulen zum Maturitätsabschluss und der Einführung weiterer neuer Maturitätstypen, diese wieder einschränken. Es wäre besser, die bestehenden Mittelschulen auszubauen und ihre qualitative Ausbildung zu verbessern. Hier wäre gerade in Nichthochschulkantonen vieles zu tun, und es könnten auch in Landesteilen fern von den Universitäten neue, gute Mittelschulen entstehen. Gerade in diesen Gebieten muss die Bildung allgemein gefördert werden. Allerdings beginnt die Selektion der geeigneten Schüler bereits hier, und es ist entscheidend, dass Intelligenz, Arbeitswille, Bildungsfähigkeit frühzeitig erfasst werden, um die Kräfte richtig einzusetzen und keine falschen Hoffnungen auf ein Studium zu wecken.

Wir befürworten auch, dass am Ende der Mittelschule eine gute Information über die möglichen akademischen und anderen Berufe geboten wird, um die Studienwahl zu erleichtern. Eltern wie Lehrer kennen die Schüler durch ihre täglichen Kontakte und Erfahrungen am besten und sollten sie entsprechend ihrer Fähigkeiten für die Berufswahl beeinflussen. Berufsberatung ist auch für die akademischen Berufe wichtig.

Wir haben festgestellt, dass die wichtigste Aufgabe einer Hochschule die Erhaltung einer hohen Ausbildungsqualität ist. Dies ist nur durch Prüfungen und Kontrollen des Studienerfolges möglich. Der Studienanfang muss daher innerhalb der ersten 1-2 Jahre in allen Gebieten durch

entsprechende Prüfungen oder Leistungsbewertung eine Selektion der Studienanfänger ermöglichen. Es ist die Pflicht der Hochschulen, nur die Begabten und Arbeitswilligen zu fördern und ihnen eine teure Ausbildung zukommen zu lassen. Aus diesem Grund sollte am Anfang entschieden werden, ob unsere Studenten befähigt sind, ein Spezialstudium nach dem Grundlagenstudium aufzunehmen und mit einem Diplom abzuschliessen, oder ob sie zu wenig qualifiziert sind, und auch, ob sie frühzeitig in eine andere Studienrichtung umgelenkt werden müssen. Eine solche Massnahme hat auch eine positive Rückwirkung auf die Mittelschulen, welche vielleicht ihre Allgemeinbildung vor der Matur intensivieren müssten.

Ich bin nun nicht für verschärfte Prüfungen, sondern für eine frühzeitige, gerechte und konsequente Durchführung der Prüfungen zur notwendigen Selektion. Die Prüfungen sollten einmal wiederholt werden können, aber nicht zweimal, wie das in vielen Studienrichtungen, zum Beispiel in der Medizin, heute noch möglich ist. Versager müssen wiederum von Berufsberatern und Psychologen betreut und eventuell auf eine andere Berufsrichtung umorientiert werden. Auf diesem Wege sollte es möglich sein, unabhängig vom Herkommen und ohne künstliche Einschränkung durch einen Numerus clausus die besten Talente zum akademischen Beruf zu selektionieren.

Selektion findet auch später im Leben wie in der Natur überall statt. Es ist somit die Aufgabe der Universität, ihre Studenten so zu bilden, dass sie genügend anpassungsfähig und flexibel sind, einer Selektion standzuhalten.

* Anmerkung der Redaktion: Dieser Aufsatz ist inzwischen in der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlicht worden.